

Perspektiven und Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Deutschland

# Einwanderung eignet sich nur bedingt als Generationenersatz

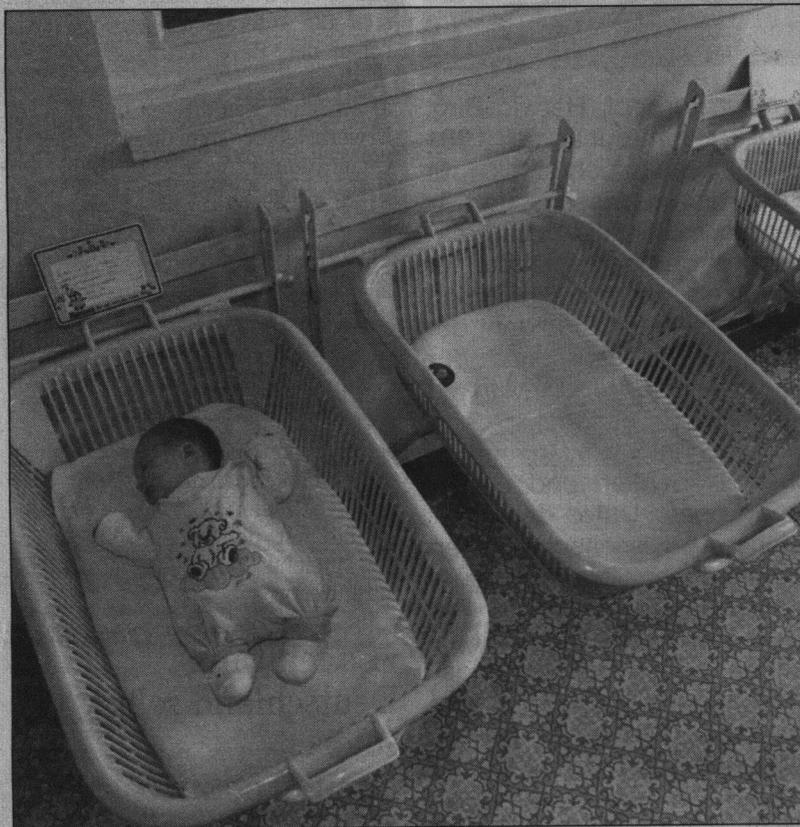
Von Herwig Birg

Deutschland ist seit 1972 in den Prozess der Bevölkerungsschrumpfung eingetreten. Bisher wurde er durch sehr hohe Einwanderung überkompensiert. Weil sich das gegenwärtige Geburtendefizit bis 2050 vervielfacht, würde eine Fortsetzung der kompensatorischen Zuwanderungspolitik in den nächsten fünf Jahrzehnten stark wachsende Einwanderungen erforderlich machen. Das ist schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich. Die Einwanderung der letzten zwei Jahrzehnte war zum weitaus überwiegenden Teil eine »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Deshalb muss eine gewisse Schrumpfung der Bevölkerung hingenommen werden. Die Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Gesellschaft hat Wirkungen:

1. Schwächung des Wirtschaftswachstums;
2. Kapitalentwertungs- und Desinvestitionsprozesse als Folge niedriger Wachstumsraten des Volks- und Pro-Kopf-Einkommens und stagnierender Nachfrage bei gleichzeitig wachsendem Bedarf für die soziale Sicherung;
3. Entsolidarisierungsprozesse als Folge wachsender Interessengegensätze zwischen den Generationen und zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Kinder;
4. Integrationsprobleme als Folge der massenhaften Einwanderungen.

In Deutschland ist seit 1972 die Zahl der jährlichen Sterbefälle größer als die der Geburten. Die in den letzten drei Jahrzehnten Nichtgeborenen fallen als potentielle Eltern aus. Deshalb folgt auf den Geburtenrückgang 25-30 Jahre später - also seit Anfang des 21. Jahrhunderts - wie ein Echo ein Rückgang der Zahl potentieller Eltern. Der Elternrückgang zieht zwangsläufig einen abermaligen Geburtenrückgang nach sich, der wiederum 25-30 Jahre später - also ab 2020-30 eine erneute Dezimierung der Elternzahl bedeutet, usf. Deutschland hat heute schon zu wenige Kinder und Jugendliche, aber ihre Zahl wird im 21. Jahrhundert nie wieder so groß sein wie jetzt.

In den letzten drei Jahrzehnten



Kinderbettchen bleiben leer. »Leeres Land - Sterben die Deutschen aus?« fragte jüngst eine WDR-Produktion, bei der dies Foto entstand. Der Titel mag - mittelfristig - übertrieben klingen. Auf lange Sicht trifft er den Kern der Berechnungen, über die der Bielefelder Bevölkerungsforscher Professor Herwig Birg auf dieser Seite berichtet.

Foto: WDR

wurde das Geburtendefizit durch Einwanderung kompensiert und überkompensiert. Die Bevölkerungszahl nahm deshalb nicht nur nicht ab, sondern stieg sogar leicht an. Im Jahr 2001 betrug der Zuwachs noch 2 Promille, im Jahr 2002 noch 1 Promille.

Die Zahl der jährlichen Zuwanderungen beträgt im langjährigen Mittel rd. 800 Tausend. In den 80er Jahren betrug die jährliche Geburtenzahl ebenfalls rd. 800 Tausend. Seit den 90er Jahren sank die Zahl auf 700-800 Tausend. Sie liegt seitdem unter der jährlichen Zahl der Zuwanderungen von 800 Tausend - 1 Million. In kommenden Jahrzehnten wird die jährliche Geburtenzahl stark abnehmen, und zwar bis 2020 auf 588 Tausend, bis 2050 auf 438 Tausend.

In den kommenden Jahrzehnten

durch Einwanderungen - bis 2080.

Die hier vorgestellten demographischen Vorausberechnungen haben nichts mit Prophetie zu tun. Sie sind mathematisch überprüfbare Aussagen in Form von Wenn-Dann-Sätzen. Die Prognosegenauigkeit einer Bevölkerungsvorausberechnung ist stets identisch mit der Realitätsnähe der Annahmen über die künftige Kinderzahl pro Frau, über die Zahl der Ein- und Auswanderungen und über die Zunahme der Lebenserwartung. Der Fehler bei der Bevölkerungsprognose für das Bundesgebiet auf der Basis des Jahres 1991 für das Jahr 2000 beträgt nur 1 Promille. Durch den Geburtenrückgang der 70er Jahre, der jetzt einen Elternrückgang bewirkt, ist der deutsche demographische Winter vorprogrammiert wie der Wechsel der Jahreszeiten.

»Durch den Geburtenrückgang der 70er Jahre, der jetzt einen Elternrückgang bewirkt, ist der deutsche demographische Winter vorprogrammiert wie der Wechsel der Jahreszeiten.«

Meine Berechnungen, ausgehend vom Basisjahr 1998, für 2050 beruhen auf folgenden Annahmen: (1) Geburtenrate wie derzeit (deutsche Bevölkerung = 1.25 Lebendgeborene pro Frau; zugewanderte Bevölkerung = 1.64 Lebendgeborene pro Frau). (2) Anstieg der Lebenserwartung der Männer von 75 auf 81, der Frauen von 81 auf 87 Jahre. (3) Jährlicher Einwanderungsüberschuß von 170 Tausend überwiegend jüngeren Menschen. Die auf diesen Annahmen beruhenden Ergebnisse sind:

1. Die Bevölkerung insgesamt schrumpft bis 2050 um rd. 14

gewinnt die Verschiebung von den Geburten zu den Einwanderungen als Generationenersatz eine immer größere Bedeutung. Diese bereits seit 30 Jahren praktizierte Politik der kompensatorischen Zuwanderungen aus der Dritten Welt, insbesondere aus der Türkei, läßt sich zwar fortsetzen, aber dazu wären immer höhere Einwanderungsüberschüsse (mehr Einwanderer als Auswanderer) erforderlich, weil das Geburtendefizit steigen wird: von dzt. knapp unter 100 Tausend auf rd. 750 Tausend bis zum Jahr 2050.

Selbst wenn die Geburtenrate, die seit Jahrzehnten zwischen 1.3 und 1.4 Kindern pro Frau praktisch unverändert ist, z.B. bis 2030 schrittweise auf den bestandserhaltenden Wert von 2.1 anstiege, würde sich die Bevölkerungsschrumpfung weit über 2030 hinaus fortsetzen, und zwar - ohne Kompensation

Millionen von 82 auf 68 Mio. Die Zahl der 60jährigen und älteren nimmt um rd. 10 Millionen zu. Die Zahl der 20 bis unter 60jährigen schrumpft um rd. 16 Millionen. Die Zahl der unter 20jährigen geht um 8 Millionen zurück.

2. Der Bevölkerungsrückgang ist in den neuen Bundesländern stärker als in den alten (28% ggü. 15%). Ursachen sind die niedrigere Kinderzahl pro Frau und die Ost-West-Wanderung. Die für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wichtigste Altersgruppe der 20-60jährigen nimmt in den alten Bundesländern bis 2050 um 40% ab, in den neuen Bundesländern um 50%.

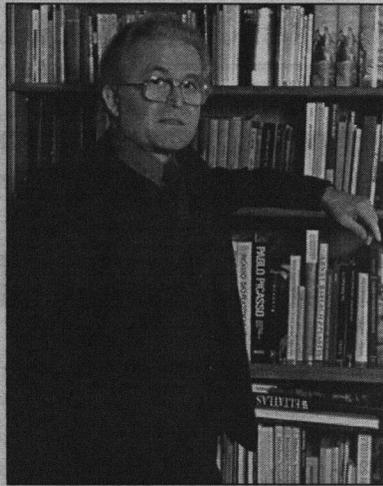
3. Die Zahl der 80jährigen und älteren steigt bis 2050 von 3 auf 10 Millionen.

4. Die zugewanderte Bevölkerung (Einwohner, die im Basisjahr 1998 die ausländische Staatsangehörigkeit hatten) wächst infolge ihrer höheren Geburtenrate und der weiteren Zuwanderung (jährlich 170 Tausend mehr Zu- als Abwanderer) bis 2050 von 7.4 auf 19.0 Millionen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt von 9.0% (1998) auf 27.9% (2050). Dabei ist zu beachten, dass ein großer Teil dieser Bevölkerungsgruppe die deutsche bzw. eine doppelte Staatsangehörigkeit haben wird (ab 1.1.2000 gilt das neue Staatsangehörigkeitsrecht).

Der demographische Wandel hat massive Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem, das Wirtschaftswachstum und die Gesellschaft.

## »Der demographische Wandel hat massive Auswirkungen auf das soziale Sicherungssystem, das Wirtschaftswachstum und die Gesellschaft.«

1. Die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung beruht großenteils auf dem so genannten Umlageverfahren ohne Bildung irgendwelcher Rücklagen. Die Zahl der Menschen in der beitragsrelevanten Altersgruppe 20-60 schrumpft um 16 Millionen. Gleichzeitig wächst die Zahl der Menschen in der Altersgruppe über 60 um 10 Millionen. Das heißt: 1998 machten die 60jährigen und älteren 38.6% der 20-60jährigen aus. (Dieses Verhältnis nennt man Altenquotient). 2050 werden es 91.4% sein, also 2.4 mal mehr zu Versorgende. Wollte man das Versorgungsniveau der Rentner bzw. das Rentenniveau



Prof. Dr. rer. pol. Herwig Birg, geb. 1939 im Banat, seit 1981 Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft der Univ. Bielefeld und Direktor des dortigen Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie und Mitglied zahlreicher nationaler und internationaler wissenschaftlicher Akademien und Expertengruppen. Unter den zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen erschien zum Thema das Taschenbuch »Die demographische Zeitenwende - Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa« (Verlag C.H.Beck, München, 2001. 3.Aufl. 2003).

von rd. 70% beibehalten, müsste der Beitragssatz zur Rentenversicherung sich also mehr als verdoppeln. Ähnlich gravierend sind die Auswirkungen der demographischen Alterung auf die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Eine Reform des Systems der sozialen Sicherung, die das Umlageverfahren mit privaten Zusatzversicherungen sowohl in der Renten- als auch in der Kranken- und Pflegeversicherung ergänzt, ist unumgänglich.

2. Das Wirtschaftswachstum und die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens werden gedämpft, weil es weniger Konsumenten und Produzenten geben wird. Hinzu kommt, dass ein steigender Anteil am verfügbaren Einkommen nicht für Konsumausgaben verwendet werden kann, weil er für den Aufbau privat finanzierter Versorgungsansprüche zusätzlich zur gesetzlichen Alters-, Kranken- und Pflegeversicherung benötigt wird.

Selbst wenn man noch mit einer bescheidenen Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens von 1.5% pro Jahr rechnen dürfte, würde sich das Pro-Kopf-Einkommen immerhin bis 2050 noch verdoppeln. Nach

dem bisher geltenden Prinzip ist aber die Höhe der Renten an die Höhe der Einkommen gekoppelt. Eine Verdoppelung der Pro-Kopf-Einkommen zöge also auch eine Verdoppelung der Renten nach sich. Die steigenden demographisch bedingten Belastungen treten dann unabhängig von den Produktivitäts- bzw. Einkommenszuwächsen ein.

3. Die wohl gravierendste Auswirkung der demographischen Entwicklung betrifft den sozialen Frieden. Denn zwangsläufig verschärfen sich die Interessengegensätze zwischen den Bevölkerungsgruppen:

a) zwischen den älteren und den im Erwerbsleben stehenden jüngeren Generationen, wenn die Zahl der Versorgungsempfänger steigt und die Zahl derjenigen fällt, die die Versorgungsleistungen erbringen;

b) zwischen denjenigen, die Kinder haben und den zeitlebens Kinderlosen (die einen leisten den »generativen Beitrag«, den das Verfassungsgericht als entscheidende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit aller umlagefinanzierten Zweige des sozialen Sicherungssystems herausgestellt hat, den anderen aber werden gleiche Versorgungsansprüche garantiert);

»Es fehlt in Deutschland selbst an solchen familienpolitischen Initiativen, wie sie das Verfassungsgericht einfordert, um handfestes Unrecht zu beseitigen, welches Familien mit Kindern in Deutschland einem Armutrisiko aussetzt.«

c) zwischen der ursprünglich deutschen Bevölkerung und den Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Das entsprechende Konfliktpotential beruht vor allem auf den beruflichen Qualifikationsdefiziten und den bildungsbedingten und kulturspezifischen Integrationsbarrieren. Aus den beruflichen Qualifikationsdefiziten ergeben sich lebenslange Unterschiede in bezug auf die Einkommens- und Vermögensposition. Selbst die in Deutschland geborenen Kinder der Zugewanderten verlassen das Schulsystem zu 60% ohne bzw. nur mit einem Hauptschulabschluss. Das Integrationsproblem ist also langfristiger Natur;

d) zwischen den alten und neuen Bundesländern. Die demographisch bedingt wachsende Knappheit an jüngeren, gut ausgebildeten Erwerbspersonen führt zu Ost-West-Wanderungen insbesondere der Leistungsfähigeren. Dadurch verstärkt sich der Vorsprung des Entwicklungspotentials der westlichen Bundesländer.

In den letzten 50 Jahren gingen die Geburtenraten in den Industrieländern um etwa die Hälfte zurück. In Deutschland beruhte der Rückgang vor allem auf dem Anstieg des Anteils der Frauen mit lebenslanger Kinderlosigkeit auf rd. ein Drittel. Bei den EU-Ländern, bei denen, wie in Frankreich, der Anteil kinderloser Frauen niedrig ist, liegt die Geburtenrate über dem Durchschnitt der EU, bei Ländern mit hoher Kinderlosigkeit wie Deutschland unter dem Durchschnitt.

Deutschland betreibt seit dem Zweiten Weltkrieg keine Bevölkerungspolitik mehr. Der Begriff kommt in keinem Gesetz, in keiner Verordnung noch sonst irgendeinem amtlichen Text vor. Aber natürlich ist die bewusst oder unbewusst arbeitsmarktpolitisch umschriebene tatsächliche Wanderungs- oder Migrationspolitik - auch diese Begriffe kommen in Gesetzen und Verordnungen nicht vor - handfeste Bevölkerungspolitik. Alle Studien zeigen, dass die Probleme aufgrund von Geburtendefiziten durch Zuwanderung nicht gelöst, sondern allenfalls etwas gedämpft werden können. Besonders spektakulär zeigt das die Antwort auf die Frage, wieviel Zuwanderung nötig wäre, um die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung konstant zu halten. Bis 2050 müssten dazu laut Berechnung der Experten 188 Millionen mehr Menschen einwandern als auswandern. Die Bevölkerung würde sich von 82 auf 299 Millionen erhöhen.

Natürlich hat es die Politik nicht in der Hand, den Kinderreichtum der Familien zu steuern. Es fehlt aber in Deutschland selbst an solchen familienpolitischen Initiativen, wie sie das Bundesverfassungsgericht einfordert, um handfestes Unrecht zu beseitigen, welches Familien mit Kindern in Deutschland einem Armutrisiko aussetzt.

Die Strategie des Generationen-ersatzes durch Zuwanderungen ist auch aus internationaler Sicht problematisch. Ökonomische Vorteile für das aufnehmende Land gehen dem Herkunftsland verloren. Es ist moralisch nicht zu rechtfertigen, wenn die reichen Länder ihre demographischen Defizite auf Kosten der armen ausgleichen. Es liefe auf einen demographischen Kolonialismus hinaus.